

Mit einem Epilog der Herausgeber endet der Sammelband, dessen Beiträge insgesamt einen profunden Überblick über die derzeitige Einbindung des Subkontinents in das internationale System sowie intraregionale Beziehungen, Probleme und Herausforderungen geben. Der Rezensent stieß auf einige auffällige falsche oder inkonsistente quantitative Angaben (u.a. S. 20, 133/134, 162), die bei einer sorgfältigeren Schlussredaktion hätten leicht ausgemerzt werden können.

*Karl-Dieter Hoffmann*, Eichstätt

*Patrick Köllner* (Hrsg.)

**Korea 2004**

Politik, Wirtschaft, Gesellschaft

Institut für Asienkunde, Hamburg, 2004, 307 S., € 28,00

Das zum neunten Male erscheinende Korea-Jahrbuch hat sich inzwischen als unverzichtbare Informationsquelle etabliert. Wieder ist es dem Herausgeber *Patrick Köllner* gelungen, ein Team von 12 kompetenten Autoren zu versammeln, die mit zehn Beiträgen zu Südkorea, drei zu Nordkorea und einer Kurzbibliografie zu Nordkoreas Wirtschaft für eine immer interessante, manchmal geradezu spannende Lektüre sorgen. Vorangestellt ist eine auf das Kalenderjahr 2003 beschränkte „Chronik der Ereignisse auf der koreanischen Halbinsel“.

Den Textteil eröffnet wie in den letzten Jahren *Manfred Pohl*, Hamburg, mit „Südkoreas Innenpolitik 2003/2004: Schwerpunkte und Tendenzen“. Eindrücklich schildert er den hauptsächlich durch ungeschicktes Taktieren verursachten dramatischen Popularitätsverlust des Präsidenten ROH Moo-Hyun in seinem ersten Amtsjahr (von 84 % Zustimmung auf 27 %), der wohl den oppositionellen Mehrheitsparteien im Parlament die Hoffnung auf Erfolg und Akzeptanz der von ihnen am 12.03.2004 in der Nationalversammlung durchgedrückten Amtsenthebung gegeben hatte. Sie sollten sich gründlich täuschen: Die neu gegründete Partei mit dem aggressiven Namen „Uri-dang“ (unsere Partei) errang bei den Wahlen im April 2004 einen überwältigenden Sieg und bescherte dem – abgesetzten – Präsidenten eine wenn auch knappe absolute Mehrheit (152 von 299 Sitzen) in der Nationalversammlung. Hier endet Pohls Beitrag. Die Wiedereinsetzung des Präsidenten durch das Verfassungsgericht im Mai wird nicht erwähnt (wohl aber im Vorwort des Herausgebers). Dass aber das Wahlergebnis weniger eine aktive Zustimmung zur Regierungspartei belegte als vielmehr, wie von Pohl vermutet, eine Abstrafung der bisherigen Mehrheit für ihr als unwürdig empfundenes Taktieren bei der Amtsenthebung, zeigte sich bei den Kommunalwahlen im Juni, bei denen die Uri-Partei eine deutliche Niederlage einstecken musste.

Letztmalig zeichnet *Joachim Bertele*, Seoul (jetzt Berlin), für „Grundzüge und Tendenzen der südkoreanischen Außenpolitik 2003/2004“ verantwortlich. Vor allem das Verhältnis der Hauptverbündeten der USA erscheint z.Zt. sehr problematisch, und zwar wegen der Verhandlungen über die mit einem Teilabzug verbundene Umgruppierung der US-Truppen in Südkorea. So sehr die Verlegung des US-Hauptquartiers aus dem Zentrum von Seoul nach Osan allgemein begrüßt wird, so großen Bedenken begegnet der von der US-Regierung beabsichtigte Abzug von der Waffenstillstandslinie zu Nordkorea. Nicht zu Unrecht wird eine Lockerung der Beistandsverpflichtung befürchtet. Im Verhältnis zu Japan treten die geschichtlichen Belastungen zu Gunsten der heutigen Partnerschaft allmählich in den Hintergrund. Gegenüber China herrscht schon wegen dessen Größe Ambivalenz zwischen Chance und Risiko. Während die EU als Partner wichtiger ist als in der Öffentlichkeit wahrgenommen, wurde in Korea und Deutschland der 120-jährigen bilateralen Beziehungen gedacht. Schließlich schloss Südkorea sein erstes bilaterales Handelsabkommen überhaupt – mit Chile.

In „Schlaglichter der Wirtschaft Südkoreas 2003/2004“ schildert *Patrick Köllner*, Hamburg, eindrücklich, wie Südkorea 2003 nach zwei krisenhaft defizitären Quartalen doch noch ein BIP-Jahreswachstum von 3,1 % (2002: 7 %) erwirtschaftete. Ein besonders ehrgeiziges Projekt südkoreanischer Wirtschaftspolitik beleuchtet *Bernhard Seliger*, Seoul: „Südkorea als wirtschaftliche Drehscheibe Ostasiens? Kritische Anmerkungen zu einem aktuellen Konzept“. Bei aller Skepsis auf Grund eingehend dargelegter Schwierigkeiten hält er die Realisierung für nicht völlig ausgeschlossen. Demgegenüber stellt *Heike Hermanns*, Glasgow und Canberra, in: „Ambivalente Einstellungen zur wirtschaftlichen Öffnung Südkoreas seit der Asienkrise“ eine – oft im Widerspruch zu den tatsächlichen Wirtschaftsdaten stehende – weit verbreitete Skepsis hinsichtlich der eigenen Fortkommens-chancen in einer rauher gewordenen Umwelt fest.

Ins Grenzgebiet zwischen Wirtschaft und Wissenschaft führt der Beitrag von *Pillan Joung*, Bochum: „Das koreanische ELSI-Programm: Das Humangenomprojekt und die Demokratisierung des bioethischen Diskurses“. Ganz offensichtlich verdankt das Programm seine Entstehung einem – wie in Deutschland – weit verbreiteten Unbehagen über die lange abseits der Öffentlichkeit betriebene Genveränderungsforschung und ihre als fragwürdig empfundenen Ergebnisse.

Drei Beiträge beschäftigen sich mit der südkoreanischen Presse, wobei die beiden Aufsätze von *Mascha Peters*, Berlin, „Südkoreanische Pressepolitik 1945 bis 1987“ und „Südkoreanische Pressepolitik nach 1987 – der lange Weg zur Demokratie“ eigentlich eine Einheit bilden. Die Trennung rechtfertigt sich allerdings nicht nur aus einer Fülle des Stoffs, sondern auch aus dem 1987 festzustellenden Paradigmenwechsel: An die Stelle einer in mehreren Wellen erfolgenden immer weiteren Einschränkung der verfassungsmäßig garantierten Pressefreiheit ist eine stufenweise Entwicklung hin zu mehr Liberalität und Demokratie getreten, auch wenn sie noch keineswegs abgeschlossen ist. Dagegen widmet sich *Tobias Stern*, Hamburg, in „Internationale Konflikte im Blickpunkt der südkoreanischen Presse – das Fallbeispiel des 11. September“ dem interessanten Einzelphänomen der Wahrnehmung

und Darstellung „fremder“ Konflikte in der Presse eines nicht unmittelbar betroffenen Landes. Er vergleicht dabei – abweichend vom Titel – die Darstellung und Wertung des „11. September“ in je einer konservativen und einer „linken“ deutschen und südkoreanischen Zeitung – „Frankfurter Allgemeine“ und „Frankfurter Rundschau“ in Deutschland, „Chosun Ilbo“ und „Hankyoreh Shinmun“ in Südkorea. Viele Unterschiede ergeben sich offen daraus, dass sich in Deutschland Öffentlichkeit und Medien unmittelbar vom Terror bedroht fühlten, in Südkorea nicht. Hier fürchtete man eher, zum ungewollten Opfer einer amerikanischen (Über-)Reaktion zu werden.

Im letzten Südkorea-Beitrag beschäftigt sich *Thomas Kern*, Hamburg, mit dem „Antiamerikanismus als ‚Master Frame‘ – Strukturelle Spannungen und Protest in Südkorea“. Zu Recht ortet er hier einen Generationenkonflikt zwischen der auf Grund ihrer amerikanisch dominierten Ausbildung US-freundlichen traditionellen Elite und der rein koreanisch ausgebildeten jüngeren Führungsgeneration. Dies am Übergewicht in den USA erworbener akademischer Grade bei den Professoren der Yonsei-Universität demonstrieren zu wollen, ist allerdings irreführend: An dieser von amerikanischen Missionaren gegründeten Institution ist deren Anteil naturgemäß überproportional hoch.

Den Klassiker „Politik und Wirtschaft Nordkoreas 2003/2004“ hat diesmal der Herausgeber *Patrick Köllner*, Hamburg, selbst beige-steuert. Er konstatiert zwar auf Grund umfangreicher Umbesetzungen 2004 eine deutliche Verjüngung der Führungsgremien um KIM Jong-il, aber keine Öffnung nach chinesischem Vorbild. In der Wirtschaft sind zwar einzelne zaghafte Liberalisierungsmaßnahmen festzustellen, insgesamt aber besteht nach wie vor eine zentral gesteuerte Mangelbewirtschaftung, die nur durch umfangreiche ausländische Hilfslieferungen überleben kann.

Die beiden anderen Nordkorea-Beiträge beschäftigen sich mehr mit ausländischen Reaktionen auf Nordkorea als mit der Entwicklung im Lande selbst: „Nordkoreas großer Bruder – Chinas Interessen auf der koreanischen Halbinsel“ von *Harald Maass*, Frankfurt/Main, beschreibt schon im Titel Chinas Selbstverständnis als Protektor und Sachwalter des – wenn auch oft unbotmäßigen – jüngeren Bruders Nordkorea gegenüber fremden Einmischungsversuchen, und zwar jenseits einer nicht mehr gegebenen ideologischen Verbundenheit aus staatspolitischem Interesse. Einzelne Flüchtigkeitsfehler („geografisch größter Nachbar Nordkoreas“ ist eben nicht China, sondern die Russische Föderation) vermögen den Wert der Darstellung nicht zu mindern.

*Heinrich Kreft*, Berlin, schließlich bietet in „Die USA und die schwelende nordkoreanische Nuklearkrise“ eine Fortschreibung seiner vorjährigen fast gleichnamigen Analyse („Korea 2003“, S. 217 ff.): Washington hat noch immer keine Erfolg versprechende Antwort auf Pyongyangs nukleare Drohungen gefunden, sondern sucht weiter danach – allerdings im Rahmen der Beijinger Sechsergespräche, also im Gegensatz zu der sonst von Präsident Bush bevorzugten unilateralen Vorgehensweise zusammen mit Beijing, Tokyo, Seoul und Moskau.

Korea-Interessierte sollten auch dieses Jahrbuch zur Hand nehmen.

*Karl Leuteritz*, Königswinter